



Tagung des Rates für Telekommunikation

Frequenznutzung und Überarbeitung des TK-Rechtsrahmens im Fokus

Am 26.05.2016 tagte der Rat der Europäischen Union in seiner Formation als Rat für Telekommunikation (TTE). Die Themen des TK-Rates sind dabei im Einzelnen (siehe dazu auch die Abbildung):

1.) Frequenznutzung:

Die EU-Kommission hatte im Februar 2016 ihren Vorschlag zur Nutzung des Ultrahochfrequenzbandes (UHF-Band 470-790 MHz) vorgelegt. Diesbezüglich wurde auf dem Rat eine allgemeine Ausrichtung angenommen. Wichtig für Deutschland war dabei vor allem das 700 MHz Band und dabei ein frühes Umwidmungsdatum (2020).

2.) EU-Rechtsrahmen Telekommunikation:

Orientierungsaussprache statt. Mit dieser Aussprache sollen politische Vorgaben an die Kommission übermittelt werden.

Zur Strukturierung der Diskussion hatte die Präsidentschaft drei Fragen vorgegeben. Diese beziehen sich auf den Zugang zu festen Kommunikationsnetzen und somit die Netzzugangsregulierung, die Verwaltung von Frequenzen für mobile Kommunikationsnetze sowie Vorschriften für Anbieter von Kommunikationsdiensten (OTT: Over the Top Player).

Die Diskussionen zum TK-Rechtsrahmen waren das zentrale Element des Rates. Dabei stellte auch die Bundesregierung, vertreten durch BMWi Staatssekretär Matthias Machnig,

Telekommunikationsrat 26.05.16

- **Nutzung des Ultrahochfrequenzbands (UHF - 470 bis 790 MHz)**
 - Allgemeine Ausrichtung
- **Überarbeitung EU-Telekommunikationsvorschriften**
 - Orientierungsaussprache
- **Zugang zu Websites öffentlicher Stellen (Web Accessibility)**
 - Informationen durch die Präsidentschaft (basierend auf der Trilog-Einigung vom 03.05.16)
- **Netz- und Informationssicherheit (NIS-Richtlinie)**
 - Informationen durch die Präsidentschaft (basierend auf Annahme durch den Rat vom 17.05.16)
- **Internet Governance**
- **Arbeitsprogramm der kommenden Präsidentschaft**
- **Digitaler Binnenmarkt (DSM: Digital Single Market) und Digitale Plattformen**

Hinsichtlich der Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für Telekommunikation wird die Vorlage der entsprechenden Legislativinitiativen durch die Kommission für September 2016 erwartet. Auf dem TK-Rat fand diesbezüglich eine

die Position der Bundesregierung zum TK-Review vor (siehe dazu die zweite Abbildung).

Dabei betonte Machnig, dass die Überarbeitung der TK-Regeln eine Schlüsselfrage für den Breitbandausbau und



sonit für die gesamte Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sei. Weiterhin stellte er klar, dass die Bundesregierung sich nicht für möglichst wenig Regulierung, sondern für eine kluge Regulierung ausspreche. Ein „Regulierungsrahmen 4.0“ sei notwendig, um mit den dynamischen Entwicklungen auf der Anwendungsseite mithalten zu können. Insofern sei es vor allem notwendig, die Geschwindigkeit der Rechtsetzung in einem dynamischen Umfeld zu erhöhen.

Mit Bezug auf die konkreten möglichen Inhalte der Überarbeitung des Rechtsrahmens für Telekommunikation („TK-Review“), stellte Machnig die sechs zentralen Punkte der Bundesregierung vor (siehe dazu die entsprechende Abbildung).

aktuellen Artikel 7/7a-Notifizierung (wie beispielsweise im aktuellen Vectoring-Verfahren). Dabei sei vor allem eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten für nationale sowie grenzüberschreitende Regulierungsaufgaben anzustreben.

Zudem sieht Deutschland insgesamt den Bedarf für die Formulierung von neuen Zielen der Regulierung. Dazu zählt die Schaffung von Anreizen für Investitionen und Innovationen durch den regulatorischen Rahmen. Insofern setzt sich Deutschland dafür ein, dieses neue und zusätzliche Regulierungsziel in Form der Setzung von Investitionsanreizen in Hochgeschwindigkeitsnetze in die TK-Rahmenrichtlinie aufzunehmen.

Position Bundesregierung

1.) Netzzugangsregulierung

- Weiterhin 3-Kriterien-Test
- Wechsel von Ex-Ante zu sektorspezifischer Ex-Post-Regulierung

2.) Neue Ziele im Regulierungsrahmen

- Investitionen und Innovationen als neue Regulierungsziele
- Anreize schaffen durch Regulierungsrahmen

3.) Funkfrequenzen

- Gleichgewicht zwischen EU-Harmonisierung und Flexibilität der MS
- Politische Steuerung => Einrichtung Gruppe auf GD-Ebene

4.) OTTs

- Level Playing Field + Raum für Innovationen => Regulierung wo notwendig

5.) Universal-Dienste

- Keine Aufnahme Breitbandziel

6.) Institutioneller Rechtsrahmen

- 7/7a-Prüfung bedeutet erheblichen Aufwand
- Klare Verteilung Zuständigkeiten + Erhöhung Entscheidungsgeschwindigkeit

Insgesamt spricht sich die Bundesregierung dabei für eine Weiterentwicklung des bestehenden Rechtsrahmens aus. Dabei sieht die Bundesregierung mehr Bedarf für Flexibilität im Bereich der Netzzugangsregulierung und somit auch die Abkehr von der strikten Ex-Ante-Regulierung und die Ermöglichung einer sektorspezifischen Ex-Post-Betrachtung an einigen Stellen ohne den Wettbewerb zu behindern.

Auch im Bereich des institutionellen Rahmens sieht Deutschland Optimierungsbedarf und kritisiert den erheblichen Aufwand der

3.) Web Accessibility:

Diesbezüglich geht es um das Dossier für den Zugang zu Websites öffentlicher Stellen. Dazu war am 03.05.2016 eine Einigung mit dem Europäischen Parlament (EP) im Rahmen des Trilogs erreicht worden. Dieses Dossier ging im Anschluss an den Trilog am 25.05.2016 in den AStV.

4.) Netz- und Informationssicherheit:

Bei diesem TOP geht es um die Richtlinie für Netz- und Informationssicherheit und somit eine Stärkung der EU-Cybersicherheit. Dieses

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Dossier war am 17.05.2016 vom Rat angenommen worden, so dass es dazu (wie zu TOP 3) nur einen kurzen Sachstandsbericht von der Präsidentschaft gab. Der nächste und letzte Schritt, die Annahme durch das Europäische Parlament, ist für Anfang Juli vorgesehen.

5. Sonstiges:

Weitere Themen auf dem TK-Rat waren die Bereiche Internet-Governance und das DSM-Paket (DSM: Digital Single Market). Zu letzterem fand eine informelle Lunch-Debatte der TK-Minister statt. Dabei waren auch Online-Plattformen Gegenstand der Gespräche.

Abschließend stellte die kommende slowakische Ratspräsidentschaft ihr

Arbeitsprogramm für die nächsten sechs Monate für den TK-Bereich vor. Im Mittelpunkt der Präsidentschaft steht dabei die weitere Umsetzung des DSM-Pakets. Die slowakische Präsidentschaft will die Verhandlungen zum 700-MHz-Dossier mit dem EP beginnen (siehe auch TOP 1). Weiterhin stehen die Verhandlungen zum Roaming-Großhandelsmarkt-Review an.

Der zentrale kommende Legislativvorschlag wird dabei die Vorlage zum TK-Review (siehe auch TOP 2). Dazu plant die neue Präsidentschaft eine Orientierungsaussprache auf dem kommenden TK-Rat am 02.12.2016. Weitere Themen sind im Bereich eCommerce das Dossier zur Paketzustellung sowie der eGovernment-Aktionsplan.

Weiterführende Informationen:

Informationen des Rates über die TK-Ratstagung:
<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2016/05/26/>